

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 280

Dienstag, den 29. November 1932

Jahrgang 105

Bildung eines Uebergangskabinetts v. Schleicher?

Verständigung mit der NSDAP. gilt als Voraussetzung
Fühlungnahme v. Schleichers mit Zentrum und Gewerkschaften

M. Berlin, 29. Nov. Der Montag hat immer noch nicht die Neubildung der Reichsregierung gebracht. In politischen Kreisen verstärkt sich jedoch nunmehr der Eindruck, daß die Entscheidung nähergerückt ist. Man nimmt an, daß der heutige Dienstag eine entscheidende Klärung bringen wird. Im Vordergrund der Erörterungen stehen nach wie vor sowohl ein Kabinett von Papen wie ein Kabinett von Schleicher. Reichswehrminister von Schleicher hatte gestern eine Unterredung mit dem Führer der Zentrumsparlei, dem Prälaten Kaas. Die Unterredung dauerte über zwei Stunden. Ergebnis und Inhalt wurden für streng vertraulich erklärt. Wie jedoch aus Zentrumskreisen verlautet, hat der General von Schleicher in der Unterredung über Art und Umfang des ihm vom Reichspräsidenten zuteil gewordenen Auftrages berichtet. In der Unterredung wurde hierauf die Stellungnahme des Zentrums zu diesem Auftrag erörtert. Wie es heißt, ist der Gesamteindruck bei dem Zentrum günstig und es wird nicht für ausgeschlossen gehalten, daß auf der Grundlage dieses Auftrages eine Verständigung zu erreichen sei. Als Begründung hierfür wird angeführt, daß die gesamte Lage neuerdings auch bei der Linken nüchterner als bisher beurteilt werde. Auch sei den Gewerkschaften ein starkes Entgegenkommen hinsichtlich der sozialpolitischen und lohnpolitischen Notverordnungen, zum Teil sogar auch ihre Aufhebung zugesagt worden, jedoch rechnet man in Zentrumskreisen damit, daß die Verhandlungen sich noch längere Zeit hinziehen werden, eventuell bis zum Zusammentritt des Reichstages, d. h. bis zum 6. Dezember. General von Schleicher beabsichtigt jedenfalls nichts zu überreilen und die Verhandlungen in Ruhe zu führen.

Reichswehrminister von Schleicher hatte gestern mittag eine Unterredung mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Leipart und eine halbe Stunde später eine weitere Unterredung mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Breitscheid. Nach einer Mitteilung des NSDAP. wurden in der Besprechung die vordringlichsten wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Etablierung eingesetzt.

Nach dem Ergebnis der Besprechungen, die General von Schleicher und von Papen am Montag geführt haben, muß es als nicht unwahrscheinlich gelten, daß es heute oder jedenfalls in wenigen Tagen gelingen wird, ein Uebergangskabinett unter der Führung des Generals von Schleicher zu bilden. Von Schleicher dürfte in seinen Besprechungen, bei denen er u. a. mit Leipart, Breitscheid, Gerke, Otte, Braunmiller, Prälat Kaas und Persönlichkeiten der Volkspartei verhandelte, vor allem klargestellt haben, welche Haltung die Parteien gegenüber einem von ihm geführten Uebergangskabinett einnehmen. Hierbei dürfte er weder grundsätzliche Zusagen noch Abgaben verlangt, sondern nur allgemein die Stimmung festgestellt haben. In seinen Besprechungen mit Breitscheid hat sich ergeben, daß die SPD. grundsätzlich zu einem Kabinett Schleichers in Opposition steht, während sowohl Zentrum als auch BVP. und DVP. nicht abgeneigt sein dürften, ein Kabinett Schleicher zu tolerieren. Eine Besprechung zwischen von Schleicher und Eugenberg hat nicht stattgefunden, ebensowenig wie Eugenberg mit von Papen verhandelt hat. Die Entscheidung über das Zustandekommen eines Uebergangskabinetts von Schleicher hängt also nur noch von den heutigen Verhandlungen mit der NSDAP. statt. In politischen Kreisen glaubt man, daß eine Verständigung zwischen von Schleicher und der NSDAP. nicht ausgeschlossen ist, wenn von vornherein klargestellt wird, daß das Kabinett nur ein Uebergangskabinett für ganz kurze Zeit ist. Wenn dies eindeutig festgelegt wird und von Schleicher auch noch auf den Teil der sozialpolitischen Maßnahmen und der Verfassungsreform verzichtet, die von den Parteien bekämpft wurden, die sich nunmehr zu einer beschränkten Tolerierung des Uebergangskabinetts bereit erklären, kann das Kabinett von Schleicher als gesichert gelten.

Die Aussichten für eine „Schleicher-Lösung“ sind nach der „D. Z.“ wieder langsam im Steigen begriffen, nachdem sie zeitweise bereits rückgängig bewertet worden waren. Heute abend, so schreibt das Blatt, werde ein gemeinsamer Empfang des Reichskanzlers von Papen, des Reichswehrministers von Schleicher und des Staatssekretärs Meißner beim Reichspräsidenten stattfinden. Er solle die Grundlagen für die Entscheidung Hindenburgs bringen. Nach

der „D. Z.“ wird als Nachfolger des Reichsarbeitsministers Schäffer der Schlichter für Berlin, Brahn, genannt. Das Reichswehrministerium werde in einem Kabinett Schleicher vermutlich kommissarisch durch den Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, verwaltet werden. — Die „Vossische Zeitung“ erfährt, daß Reichswehrminister von Schleicher heute den Besuch Gregor Strakers erwartet. Das werde wohl die ausschlaggebende Unterredung sein, nach der sich Reichswehrminister von Schleicher ein genaues Bild davon werde machen können, ob eine Art politisches Moratorium für die Wintermonate erreichbar sei oder nicht. — Die „Kölnische Volkszeitung“ (K.V.) schreibt zu den Bemühungen Schleichers um einen Tolerierungsplan u. a.: Selbst wenn sich keine positiven Zusagen aller Parteiführer ergeben sollten, müßte der Weg bis zum Ende durchgeführt werden. Dazu würde gehören, daß das neue Kabinett mit seinem Programm vor den Reichstag trete. Es würde unter allen Umständen eine andere Position vorfinden als die Regierung Papen, und ein gut fundiertes Wirtschaftsprogramm könnte viel größere propäandistische Wirkungen haben als es schon jetzt vorauszusehen ist. Die Lösung Schleicher und ein Tolerierungsplan mit dem Reichstag ist gewiß alles andere als ideal, sie ist aber besser als ein Konfliktpolitik, die mit dem Wiedererscheinen Papens ihre verhängnisvolle Fortsetzung finden müßte. — Der „Lokalanzeiger“ beschäftigt sich mit den Maßnahmen, die für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen ergriffen werden könnten, und schreibt: Die Maßnahmen für den Fall eines Scheiterns aller Verhandlungen könnten in einer Auflösung des Reichstages mit frühem nächsten Neuwahlen oder in Maßnahmen des Reichspräsidenten bestehen, bei denen eine Art Notstand in Anspruch genommen werde. Es könne sich dann theoretisch um

Tages-Spiegel

In Berlin rechnet man mit der Bildung eines Uebergangskabinetts v. Schleicher. Voraussetzung ist, daß die Nationalsozialisten ein solches Kabinett tolerieren.

Zwischen Nationalsozialisten und Zentrum sind in Preußen neue Verhandlungen aufgenommen worden. Die Wahl eines neuen preussischen Ministerpräsidenten kann u. U. schon nächsten Monat erfolgen.

Der in Paris unterzeichnete französisch-russische Nichtangriffspakt wird in Berlin nicht als die deutschen Interessen schädigend angesehen.

Die Ergebnisse der Kammerwahlen in Belgien zeigen starke Verluste der Liberalen, Sozialisten und Katholiken haben je 8 Sitze gewonnen. In den Bezirken Eupen-Malmedy und St. Vith haben die deutschen Parteien eine doppelte Mehrheit über die belgischen erhalten.

Die für Mitte dieser Woche in Genf geplante Fünfmächtebesprechung über die deutsche Gleichberechtigungsforderung dürfte verschoben werden.

Der Völkerbundsrat ist einer Entscheidung im Mandchurenkonflikt ausgewichen und hat diese der Vollversammlung zugewiesen.

Die Hinausschiebung von Neuwahlen nach einer Auflösung des Reichstages oder auch um den Versuch handeln, den Reichstag durch Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung für eine bestimmte Frist zu verlagern, jedoch mit der Zusicherung, daß der Auswärtige Ausschuss des Reichstages und der Ueberwachungs Ausschuss ihre Beratungen fortsetzen können und die Regierung in voller Anwendung der Bestimmungen der Verfassung sich nach Ablauf der Frist dem am 6. November gewählten Reichstag zur Verfügung stellt.

Der russisch-französische Nichtangriffsvertrag

Die Auffassung in Berlin und London über die Bedeutung des Vertrages

M. Berlin, 29. Nov. In Berliner politischen Kreisen erregt die unmittelbar bevorstehende Unterzeichnung des russisch-französischen Nichtangriffsvertrages naturgemäß großes Interesse. Es wäre aber verfehlt, wenn man dem endgültigen Abschluß der Paktverhandlungen eine Bedeutung zumessen wollte, die ihm nicht zukommt. Nachdem seinerzeit die russisch-rumänischen Nichtangriffsverhandlungen als gescheitert betrachtet werden mußten, konnte man mit polnisch-russischen und französisch-russischen Verhandlungen rechnen.

Der durch Dawas bekanntgegebene Wortlaut des russisch-französischen Nichtangriffsvertrages entspricht dem bereits vor einem Jahr paraphierten Vertrag. Neu ist lediglich die Klausel, die sich auf Rumänien bezieht. Für Sowjetrußland dürfte der Hauptantrieb zum Abschluß des Paktes darin gelegen haben, Sicherheit gegen Angriffe von außen zur Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen im Innern zu gewinnen. Vielleicht hat auch der Gedanke eine Rolle gespielt, gewissermaßen einen Ersatz für die Nichtmitgliedschaft im Völkerbund zu finden. Aber auch die Absicht, aus dem Vertrag mit Frankreich Nutzen aus wirtschaftlichem Gebiet zu ziehen, dürfte zweifellos mitgespielt haben. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Einbeziehung Sowjetrußlands in den Kreis der europäischen Mächte auch in Berlin begrüßt wird.

Dabei ist festzuhalten, daß durch den Pakt keine Aenderungen der Sowjetpolitik gegen Deutschland eintritt. Es ist insoweit fallisch, wenn in der französischen und in der polnischen Presse der Pakt als ein Mittel zur Isolierung Deutschlands hingestellt wird. Eine Grenzgarantie ist den Polen in dem russisch-polnischen Pakt nicht zugesprochen.

Die polnische Absicht, sich zum Vortreiber der Oststaaten, von Rumänien bis zu den Randstaaten und Finnland, zu machen, ist angesichts der gescheiterten sowjetrussischen Politik als gescheitert zu betrachten. Politisch darf der Abschluß der Nichtangriffsverhandlungen ohne Zweifel als ein Erfolg Sowjetrußlands bewertet werden. Die Nichtangriffsverträge, die Sowjetrußland nunmehr abgeschlossen hat, verhindern auf jeden Fall die akute Konfliktsgefahr im Osten und dienen sicherlich auch dem Abrüstungsgedanken. Die Rußlandpolitik Deutschlands beruht, das muß zum Schluß nochmals ausdrücklich gesagt werden, nach wie vor auf den bekannten Verträgen.

Die englische Presse

schreibt zu dem soeben abgeschlossenen russisch-französischen Nichtangriffspakt, daß er ein Gegengewicht gegen den Rapallovertrag und den Berliner Vertrag vom Jahre 1926 dar-

stellt. „Manchester Guardian“ sagt, daß der Pakt für Frankreich in der Hauptsache von politischem und für Rußland in erster Linie von wirtschaftlichem Interesse sei. Vom realistischen französischen Standpunkt aus sei sein Zweck, Rußland von einem möglichen deutsch-polnischen Konflikt fernzuhalten, die diplomatischen Bande, die seit Rapallo zwischen Deutschland und Rußland bestehen, zu schwächen und ferner so weit wie möglich die Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der russischen Armee zu verringern. Vom „idealistischen“ Standpunkt aus sei er u. a. als eine Vorbereitung für ein Ost-Locarno gedacht.

Verschiebung der Fünfmächtebesprechung in Genf

M. Berlin, 29. Nov. Es hat den Anschein, als ob die ursprünglich für Mitte dieser Woche in Aussicht genommene Vier- oder Fünfmächtebesprechung zur Gleichberechtigungsforderung noch etwas verschoben werden dürfte, da einige der beteiligten Persönlichkeiten zu diesem Zeitpunkt anderweitige Verpflichtungen haben. Es ist deshalb noch ungewiss, wann die Besprechungen stattfinden werden. Wie in Berliner politischen Kreisen verlautet, hat Herriot wissen lassen, daß er wegen der amerikanischen Schuldenfrage einen Fristausschub vorschlägt.

Völkerbundsrat weicht einer Entscheidung im Mandchurenstreit aus

— Genf, 29. Nov. Der Völkerbundsrat schloß am Montag die Verhandlungen über den mandchurischen Streit ohne weitere Aussprache ab und verwies die Angelegenheit an die außerordentliche Vollversammlung. Der Lyton-Ausschuss wurde ersucht, sich für die Verhandlungen der Völkerbundsvollversammlung zur Verfügung zu halten.

Der Völkerbundsrat und die im Rat vertretenen Großmächte sind damit einer Stellungnahme zur mandchurischen Frage ausgewichen. Die Schlichtung des Streites ist nunmehr in die Hände der außerordentlichen Völkerbundsvollversammlung gelegt, in der die Stimmung und die politischen Gegensätze in der mandchurischen Frage für China weit günstiger liegen als im Rat.

Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes ist vom Präsidenten, dem belgischen Außenminister Hymans, für Dienstag den 6. Dezember in Genf einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht der Appell der chinesischen Regierung an den Völkerbund zu dem Streit mit Japan.

2:4.

nberg.

igen 2:1.

8:1.

n.

1.

p. e. l.

1.

irtschaft

vom 26. Nov.
Kaselnbrinnen 15
Inüsse 25-30;
Endivienlat
-3; Roftraut
no. 1/2 Kg. 15
elbe Ribben 4
el 5-7; Gur-
ronatsrettliche
Schwarzwur-
hraben 3-5.

ausgestellten
en hin. Auch
waren haupt-
sächlich Wint-
schmer fin-
n, namentlich
ohl, rote und
warzwurzelu
relchlich, der
e Geldmangel
stark war die
rotohoft waren
lobst war ver-
re war mittel-
vielmehr we-
en. In eini-
An schönen
dreinette von
und Rosen-
aten in feiner
Köstliche von
einwandfrei;
fes. Gerade
volles Win-
zufuhr und der
sefekt werden,
uslandsfrüch-
n gehen sicht-
ert; am Sams-
eifelt; ebenfo
r von Butter
mbutter ange-
er Markt hat
r von Etern

erwinn!

en-
it vermieden,
Alt Scott's
e Gehalt an
Verarbeitung
sfähig. Man
in Flaschen
otheken und

chmann

er Hof Calw
tar, den 28. Nov.
8 Uhr
stpiel des
rzhelmer
pielhauses
Be Lachterfolg
aben
das gern...
te in 3 Akten
alter Kollo
rechter:
hester Pforzheim
2.-, 1.50 und 1.-
orkverkauf:
ldig. Hüssle,

hon in
Artikel,
chtsge-
ekannt,
rch so
einkauf

Ein Erfolg Danzigs in Genf

Die polnische Währung wird nicht eingeführt.
— Genf, 28. Nov. In den unter dem Beistand des Völkerbundskommissars Rosting abgehaltenen Verhandlungen zwischen Polen und Danzig über die Plots-Frage ist Samstag nachmittag eine Einigung erfolgt. Polen hat sich in einem Abkommen, das von dem Präsidenten der Freien Stadt Danzig, Dr. Ziem, und dem polnischen Außenminister Bed unterzeichnet worden ist und das vier Punkte umfasst, verpflichtet, von der angekündigten zwangsweisen Einführung des Plots im Gebiet der Danziger Eisenbahn Abstand zu nehmen. Außerdem bezieht sich die Einigung auch auf drei andere Punkte, die mit den Verhandlungen über die Währungsfrage verknüpft worden waren.

Der Unterzeichnung ging ein Briefwechsel zwischen Bed und Ziem voraus. Der polnische Außenminister gibt in seinem Schreiben der Hoffnung Ausdruck, daß die Danziger Regierung sich bereitfinden werde, dem polnischen Ersuchen um Verhandlungen über die Vereinheitlichung der Währungssysteme stattzugeben, sobald es die Umstände gestatten. Senatspräsident Ziem gab in seiner Antwort, daß Danzig die Rechte Polens aus dem Artikel 98 des Verfallenen Vertrages von 1920 zur Einladung an Danzig zu solchen Verhandlungen nicht bestritte. Die Verpflichtung Danzigs zu solchen Verhandlungen ist durch die Formel des Artikels 98 „sobald es die Umstände gestatten“ eingeschränkt, abgesehen davon, daß die verschiedenen Goldbedeckung der Danziger und polnischen Währung eine währungstechnische Vereinheitlichung unmöglich macht.

Nach dem am Samstag unterzeichneten Abkommen wird ferner bestimmt, daß die polnischen Staatsangehörigen in Danzig die gleiche Stellung haben sollen wie die Staatsangehörigen anderer Staaten und wie die deutsche Minderheit in Polen.

Neue Danziger Protestnote

Der stellvertretende Danziger Senatspräsident hat an den polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig eine neue Beschwerde note gerichtet, in der er erlucht, die vertragswidrigen polnischen Zollmaßnahmen sofort aufzuheben und den berechtigten freien Warenverkehr von Danzig nach Polen unter Befreiung aller Hemmungsgründe sich frei entwickeln zu lassen.

„Deutsches Grenzvolk in Not“

Treuebekenntnis der Grenzlande insbesondere des Saargebietes zum Reich.

— Köln, 28. Nov. Die Arbeitsgemeinschaft Landsmannschaftlicher Vereine Kölns veranstaltete am Sonntag nachmittag in der Kölner Messehalle eine große Kundgebung „Deutsches Grenzvolk in Not“. Nach dem Einzug der Fahnen und Trachtengruppen zahlreicher Vereine begrüßte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Dr. Schwandner, die vielen Ehrengäste und Teilnehmer. Der Zweck und Sinn der Arbeitsgemeinschaft, so sagte er, gehe dahin, durch die Pflege der Heimatliebe und Heimgeliebten die Quellen des gegenseitigen menschlichen Verständnisses zu erschließen und damit die Grundlage zu einer wahren Volksgemeinschaft zu bilden. In der Verfolgung dieses Zieles sei die Arbeitsgemeinschaft besonders berufen, heute der deutschen Brüder und Schwestern in den abgetrennten deutschen Gebieten zu gedenken. Der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gahl, war als Redner für den deutschen Osten vorgesehene. Wegen der augenblicklichen politischen Lage mußte er in letzter Stunde absagen; Oberregierungsrat Hoffmann-Berlin, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Heimatliebenden Ost- und Westpreußen, sprach an Stelle des Freiherrn von Gahl. Als hervorragender Kenner der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge im Saargebiet sprach dann, von lebhaftem Beifall wiederholt unterbrochen, der bekannte Saarindustrielle, Kommerzienrat Dr. h. c. Hermann Büchling. Nach Vorträgen von Männer- und Sprechbüchlein wurde eine Entschließung gefaßt und alsdann dem Reichspräsidenten von Hindenburg unterbreitet, in der es u. a. heißt:

Tausende von treudeutschen Männern und Frauen, die hier versammelt sind, sind sich einig in der Zuversicht, daß die Rückkehr der durch Machtdiktate, entgegen Völkerverständnis und Blutsgemeinschaft von uns getrennten deutschen Gebiete ins Reich und mit ihr die Hochachtung vor dem deutschen Namen im Ausland kommen wird und muß.

Den Gang der Ereignisse in diesem Sinne nach besten Kräften mit entwickeln zu helfen durch Förderung der Einigkeit und Einheit der deutschen Volkstämme und durch brüderliches Zusammenstehen mit der schwer ringenden Grenzbevölkerung in unseren abgetrennten deutschen Gebieten, haben sich die Landsmannschaften als Ziel gesteckt. Unsere Waffe ist die Heimatliebe und die durch keine Not und Gefahr zu überwälzende Vaterlandsliebe. Unser über alles verehrtes Vorbild erblicken wir in Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident. In dem Glauben an die Zukunft unseres geliebten, großen Vaterlandes kann uns niemand und nichts wankend machen.

Notruf der ostpreussischen Haff-Fischer

U. Königsberg, 28. Nov. Der Provinzialverband ostpreussischer Haff- und Küstener Fischer veranstaltete im Rathaus zu Fischhausen eine gut besuchte Kundgebung. An den Reichspräsidenten richtete die Versammlung folgendes Telegramm: „Durch die Haffkrankheit ist die gesamte Fischerei im Frischen Haff zum Stillstand gekommen. Die Fischerfamilien hungern. Die bereits seit 8 Wochen notleidenden Fischer bitten Eure Exzellenz um Anweisung an die preussische Staatsregierung, diesem entsetzlichen Notstand durch ausreichende Staatshilfe ein Ende zu bereiten und die weitere Ableitung von Abwässern der Stadt Königsberg in das Frische Haff sofort zu unterbinden.“

In einer Entschließung werden durchgreifende Maßnahmen zur Entgiftung des Frischen Haffs von den Abwässern gefordert. Ferner wird unter anderem verlangt: Entschädigung für den Verdienstausfall; Schadenersatz für Gesundheitsschädigung und Krankheitskosten, Erleichterung für die durch die Zellstoffabwässer frühzeitig zum Verschleihen kommenden Netze, Niedererschlagung der Fischereigebühren, Erklärung des gesamten Fischereigebietes am Frischen Haff als Notstandsgebiet und Freilassung von Steuern und Abgaben.

Kleine politische Nachrichten

Der deutschnationale Reichstagsfraktion beigetreten. Die deutschnationale Freistelle teilt mit: Die beiden Abgeordneten des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes, Freiherr von Stauffenberg und Haag und der auf der Liste des Thüringischen Landbundes gewählte Abgeordnete Abicht sind der deutschnationalen Reichstagsfraktion beigetreten.

Verkürzung der Arbeitszeit der Reichsarbeiter? Die Nachricht, daß neuerdings beabsichtigt sei, die Arbeitszeit und damit die Gehälter der Reichsangehörigen weiter zu verkürzen, trifft nicht zu. Zutreffend ist lediglich, daß zur Zeit erneut geprüft wird, ob nicht durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit der Reichsarbeiter eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes möglich ist.

Deutscher von polnischen Grenzbeamten mißhandelt. Wie die „Polonia“ berichtet, wurde der 21jährige deutsche Reichsangehörige Moos aus Hohenlunde beim unerlaubten Grenzübertritt mißhandelt und in einem Eisenbahnwaggon von zwei polnischen Grenzbeamten so geschlagen, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Den Ärzten sagte Moos, er sei von den polnischen Beamten furchtbar mißhandelt worden, da er vor etwa einem Jahr mit einem der Beamten in eine Schlägerei verwickelt worden sei.

Die Luftwaffe als Kriegsbahnmittel. Der Oberbefehlshaber der englischen Luftstreitkräfte, Luftmarschall Sir Geoffrey Salmond, erhob auf einer Veranstaltung in London scharfen Widerspruch gegen eine Abschaffung der Luftstreitkräfte. Der Wunsch nach Abschaffung der Luftwaffe beruhe auf der falschen Auffassung, daß eine humane Kriegsführung möglich sei. Dies sei jedoch vollkommen unmöglich. Die Luftwaffe sei das größte Abschreckungsmittel gegen einen Krieg, das überhaupt erfunden werden könne.

Trotzki Rede in Kopenhagen. Trotzki hielt im großen Saal des Kopenhagener Stadions seinen mit großer Spannung in Kopenhagen erwarteten Vortrag über das Thema: „Was bedeutet die Oktoberrevolution?“ Sein ganzer Vortrag war eine Verteidigungsrede für das Rußland seit 1917 und ein Ansporn an das Regime Stalin, von dem er des Landes verwiesen wurde, ihn wieder in Gnaden aufzunehmen.

Der Aufstand gegen den Maharadscha von Alwar. Der Aufstand in dem indischen Staate Alwar hat bereits bedeutliche Ausmaße angenommen. Der mohammedanische Stamm der Meos hat die meisten Dörfer in den Belagerungszustand versetzt, um die Eintreibung der Landsteuern durch die Steuerbeamten zu verhindern. Die Eingeborenen reihen die Straßen auf und bauen Barricaden.

Metalle

die ihren Charakter ändern

Metallegerierungen und Metallveredelung. — Wissenschaft aus Schrittmacher der Technik. — Metallschutzstoffe.

Von Dietrich Rasnussen

Auch dem in der Technik weniger Bewanderten ist heute bekannt, daß sich eins der „gewöhnlichsten“, dabei aber wichtigsten Metalle, das Eisen, durch sachgemäße Behandlung in den wertvolleren Stahl umwandeln läßt; jeder hat von Duraluminium, dem Baustoff des „Graf Zeppelin“, von rostfreiem Stahl und manchem Ähnlichen gehört, ohne allerdings in den meisten Fällen zu wissen, auf welche Weise die Technik dieses veredelte Material gewinnt. Nur dunkel ahnt man zuweilen, daß dabei Legierungen und Mischungen verschiedener Metalle eine wichtige Rolle spielen.

Dabei gehört gerade das Gebiet der Legierungen zu den wichtigsten und interessantesten aus dem weiten Reich der Metallkunde überhaupt, zugleich auch zu einem der ältesten. Wie schon seit Jahrhunderten bekannt ist, kann man die Eigenschaften mancher Metalle dadurch erheblich verändern, daß man sie miteinander „misch“t oder auch nur dem einen einen geringen Zusatz eines oder mehrerer anderer zufügt. Die erzielten Ergebnisse wurden aber ausschließlich auf empirischem Wege gewonnen, durch praktisches Probieren. Erst in der jüngsten Zeit ist man daran gegangen, die Metalle und ihre Eigenschaften rein wissenschaftlich zu untersuchen und ihr Verhalten unter den verschiedensten Umständen zu prüfen. Dieser Weg war erst gangbar, nachdem man die Lehre vom heterogenen Gleichgewicht entdeckt, die Bedeutung des Thermochemie für Temperaturmessungen erkannt und elektrische Schmelzverfahren erfunden hatte. Wissenschaft und Technik greifen damit in zunehmendem Grade ineinander, und immer häufiger erweisen sich auf rein theoretischer Grundlage durchgeführte Studien und Versuche von höchstem Werte für die Praxis, in erster Linie die Technik.

Man hat das Thermo-Element in geschmolzene Metallmischungen gebracht und mit seiner Hilfe den Abkühlungsvorgang im einzelnen verfolgt. Es lassen sich dann sogenannte Zustands-Diagramme anfertigen, aus denen der kundige höchst aufschlußreiche Folgerungen zu ziehen vermag. Die früheren empirischen Versuche kosteten viel Zeit und damit Geld. Heute zeigen die Kurven der erwähnten Diagramme, ob Metalle sich in einem beliebigen Gewichtsverhältnis miteinander mischen oder nicht, ob sie Reihen von Mischkristallen zueinander bilden und in welchem Verhältnis usw. Selbst über die Zähigkeit oder Sprödigkeit bestimmter Metalllegierungen geben die Diagramme Auskunft. Diese und andere Eigenschaften sind nämlich in hohem Maße von dem Kristallisationszustand der Metalle abhängig, der übrigens auch mit dem seit Jahrhunderten bekannten Abschrecken des Stahls in Ver-

Politische Kurzmeldungen

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Daily Express“ erklärte Adolf Hitler, daß nach seiner Ansicht in nicht mehr als vier Monaten das kommende Präsidialkabinett wieder gestürzt und dann der Tag der Nationalsozialisten gekommen sein werde. — Die in der Stadt Trier durch die Besetzung entstandenen Schäden sind nun festgestellt worden. Nach den Erhebungen belaufen sie sich auf rund 10 Millionen Mark. Die weitaus größten Schäden wurden in den von den Franzosen benutzten größeren Gebäuden festgestellt. — Der seit Wochen andauernde Streit über die Annahme oder Ablehnung des badischen Kontrats innerhalb der Sozialdemokratie fand auf dem Offenburger Parteitag der SPD. eine einseitige Klärung. Trotz der ultimativen Drohung des badischen Zentrumsführers Föhr, daß bei Ablehnung des Kontrats die seit 14 Jahren bestehende Koalition automatisch gelöst sein werde, hat der badische Parteitag der SPD. mit einem eindeutigen Nein geantwortet. — Die belgischen Kammerwahlen sind in Eupen und Malmedy unter dem Druck des Klerus und unter den Bajonetten der Gendarmen durchgeführt worden. Die abstimmungsfeindlichen Parteien erlitten zugunsten der katholischen Union Einbußen, trotz aller Schikane ist jedoch der Charakter des Deutschturns unverändert geblieben. — Am Sonntag, dem 13. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages von Neuilly, fanden in Sofia und ganz Bulgarien große Protestversammlungen statt. Mitglieder nationaler Verbände und verschiedener Minderheitenorganisationen forderten in ihren Ansprachen an die nach tausenden zählende Menge die Aenderung des Vertrages. Die Polizei hatte in Sofia umfangreiche Maßnahmen zum Schutz der Gesandtschaften der Entente und Nachbarstaaten getroffen. — Die Nanjingregierung teilt mit, daß die Anregung, den Mandchurei durch unmittelbare Verhandlungen zwischen China und Japan beizulegen, unannehmbar sei. Der Völkerbund müsse den Streit regeln. — Nach einer Meldung aus Mukden entgleiste bei Kirin ein japanischer Panzerzug. 11 Soldaten wurden getötet und mehrere andere verletzt. Die Ursache der Entgleisung soll auf einen Anschlag zurückzuführen sein. — Von chinesischen Stellen wird mitgeteilt, daß eine Gruppe japanischer Offiziere nach Tibet abgereist sei, um dort Beziehungen zum Dalai Lama aufzunehmen und eine Entspannung der politischen Lage zwischen China und Tibet herbeizuführen. — In Portugiesisch-Guinea sind ein Korporal und sechs eingeborene Soldaten bei der Eintreibung von Steuern von der eingeborenen Bevölkerung angegriffen worden. Der Korporal und drei Mann sollen erschlagen, zwei Mann verletzt worden sein. — Wie aus Washington verlautet, wird der Demokrat Garner sofort nach Zusammentritt des Kongresses dem Repräsentantenhaus einen Gesetzesvorschlag vorlegen, der die glatte Aufhebung des Alkoholverbotes fordert und die Regelung des Alkoholverbrauchs den einzelnen Staaten überläßt. Die demokratische Mehrheit befürwortet die baldige Freigabe des Bierverbrauchs ohne viele Einschränkungen.

Ständiges Inferieren bringt Gewinn!

Die Technik versteht man bekanntlich das Härten durch plötzliches starkes Abkühlen des glühenden Stahls. Durch Abschrecken des Aluminiums unter Zusatz von zwei bis drei Hundertteilen Kupfer erhält man auch das heute in der Technik eine immer größere Rolle spielende Duraluminium, das dadurch fast doppelt so zug- und druckfest wird wie das ursprüngliche Leichtmetall.

Von kaum geringerer Bedeutung für unser technisches Leben als die Herstellung von Metalllegierungen ist die sogenannte Veredelung. Man versteht heute den schädlichen Einfluß, den bekanntermaßen Luft und Wasser auf die meisten unedlen Metalle ausüben, durch Zufügung anderer Metalle weitgehend zu vermindern, wenn nicht ganz aufzuheben. Was das bedeutet, besagt allein die Tatsache, daß von der Jahreserzeugung an Eisen rund der dreifache Teil durch Oxidation an der Luft wieder vernichtet wird.

Man bekämpft den Rost am besten durch Schutzschichten, die manche Metalle, wie das Aluminium, durch Oberflächen-Oxidation sich selbst schaffen. Bildet diese Oxidationsschicht aber nicht eine völlig zusammenhängende, firmartige Masse, so daß der Sauerstoff der Luft durch die Lücken hindurch dauernd weitere Angriffspunkte findet, wie bei Magnesium oder Eisen, so sind andere Maßnahmen erforderlich.

Man braucht beispielsweise dem Magnesium nur ein wenig Mangan beizufügen, um eine weit stärkere und fast vollkommen schützende Schicht zu erhalten. Wichtiger ist, daß auch das Eisen sich gegen die üblen Einwirkungen der Luft, des Wassers und gegebenenfalls auch chemischer Stoffe schützen, mithin veredeln läßt. Hier hat sich vor allem das Chrom als besonders tauglich erwiesen. Durch Mischung von Eisen mit 15 bis 20 v. H. Chrom, gelegentlich auch noch geringen Mengen anderer Stoffe, erhält man verschiedene Edel- oder nicht rostende Stahlarten, durch deren Herstellung sich besonders die deutsche Stahlindustrie einen Namen gemacht hat. Je nach den Anteilen der bei der Mischung verwandten Stoffe gewinnt man Stahl von besonderer Härte, Biegsamkeit oder sonstwie gewünschten Eigenschaften.

Schließlich besteht noch die Möglichkeit, ein unedles Metall wie etwa Kupfer durch Mischung mit einem Edelmetall, z. B. Gold, zu einer Edellegerung zu verarbeiten. Obwohl die Tatsache seit langem bekannt war, ist man doch erst in neuester Zeit in das Wesen dieser Legierungen — die nur zustande kommen, wenn sich Mischkristalle bilden — näher eingedrungen.

Um noch einen Blick auf die praktische Bedeutung der und durch die Wissenschaft vermittelten neuen Kenntnisse auf dem Gebiete der Metallveredelung zu werfen, sei noch erwähnt, daß man zu einer Brücke heute nur noch etwa ein Drittel des Gewichtes an Eisen benötigt wie vor einem Jahrhundert. Und daß ebenfalls vor rund hundert Jahren ein guter Dampffessel den Druck von fünf, höchstens zehn Atmosphären aushielt, während heute einige hundert Atmosphären als selbstverständlich gelten. Welch ungeheure Bedeutung allein in diesen einfachen Tatsachen liegt, wird sich jeder selbst sagen können.

Bestellen Sie heute noch für den Monat Dezember das „Calwer Tagblatt“!

Aus Stadt und Land

Calw, den 29. November 1932.
Dienstnachricht.

Das Forstamt Hosielt ist dem Oberförster Sigle in Wildbad übertragen worden.

Nachübung der Freiwilligen Feuerwehr Calw.

Gestern abend 20.25 Uhr wurden durch Glockenläuten und Signale der Spielleute die Freiwillige Feuerwehr sowie die Freiwillige Sanitätskolonne zu einer Nachübung alarmiert. Als Brandobjekt hatte das Kommando das Anwesen von Landwirt und Fuhrhalter Keder in der Wegberggasse gewählt. Ueber den Verlauf der Übung werden wir noch ausführlich berichten.

Gauversammlung der Bezirkslehrervereine Calw, Neubulach, Nagold.

Der Württembergische Lehrerverein, dessen Organisation die überwiegende Mehrheit der evangelischen Volksschullehrerschaft angehört, veranstaltete vergangenen Samstag im ganzen Lande Gauversammlungen, in denen jeweils ein Vertreter des Gesamtvorstandes über die schulpolitische Lage sprach. In der im Weißhirschen Saal stattgefundenen Gauversammlung Calw, die sehr zahlreich besucht war und von Oberlehrer V a d e r - H i r s a u geleitet wurde, sprach Kollege S t i c k r a t h - H e l l b r o n n, der in seinen Ausführungen insbesondere darauf hinwies, daß die Volksschule unter der durch Krieg, Zusammenbruch, Inflation und Weltwirtschaftskrise verursachten Arbeitslosigkeit und ihren schlimmeren Folgen der gegenseitigen Verheerung und Verbitterung, durch Auslieferung ihres geistigen und organisatorischen Gepräges an den politischen Tageskampf in besonders eindringlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Schulschule leidet unter der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern und unter den kärglichen Löhnen ihrer Väter. Sie hungert und friert. Jugendliche Freude wird getrübt. Außer den körperlichen Entbehrungen erduldet diese Schulschule eine geistige Zurücksetzung, die sich auswirkt in allen Sparmaßnahmen im Bereich ihrer Volksschule. Unerträglich die Erhöhung der Klassenschülerzahl, Verzicht auf eigenen Klassenlehrer und Klassenraum, Einschränkung der Vermittelfreiheit, Ablehnung einer achtjährigen Schulausbildung, das sind die einschneidendsten Benachteiligungen, unter denen der überwiegende Teil der Volksschüler leidet. Die Volksschullehrerschaft erhebt als Anwalt des Lebensrechts der Jugend warnend und mahnend Protest gegen die Besneidung des Bildungsrechts dieser Jugend. Die geschichtliche Entwicklung wird zeigen, daß gerade das deutsche Volk Dualitätsarbeiter für seine Fabriken, ausreichend geschulte Bauern und wohldurchgebildete Handwerker braucht, wenn nicht eine Ausschaltung aus der Weltwirtschaft zur Dauererziehung und zur Gefahr für die Existenz des deutschen Volkes werden soll. Die Lehrerschaft ist zu jedem möglichen Einsatz ihrer pädagogischen Kraft bereit, der die Auswertung der Erziehung und Bildung der schulpflichtigen und schulentlassenen Jugend bewirkt. Sie begrüßt die Verbreiterung der Abwehrfront durch die Eingliederung der bildungsfreudigen Elternschaft der Volksschulkinder in die Reihe der entschlossenen Kämpfer für die bestmögliche Ausbildung der Kinder aller Volksschichten. Den anschließenden Ausführungen des Redners folgte eine eingehende Aussprache, die mit der Annahme folgender Entschlüsse endete:

„Die deutsche Not liegt besonders hart auf unserer Jugend. Diese ist teilweise in der Kriegszeit geboren, wurde durch die Nachkriegsjahre körperlich und geistig geschädigt und muß jetzt die Bitternisse eigener Arbeitslosigkeit oder der der Eltern durchkosten. Millionen von deutschen Kindern werden nicht mehr genügend ernährt und gekleidet; Tausende finden nach der Schulentlassung keine Lehrstelle oder werden nach Beendigung der Lehrzeit entlassen; über eine Million jugendlicher ist arbeitslos. Die Lehrerschaft steht neben dem Geburtensturz in dieser ungeheuren Not der Jugend eine der größten Gefahren für die Zukunft unseres Volkes und fühlt sich verpflichtet, Regierung und Öffentlichkeit mit allem Nachdruck auf sie hinzuweisen.“

Angesichts dieser Gefahren ist die Leistungsfähigkeit sozialer Einrichtungen von Staat, Kindern und Gemeinden zu erhalten. Die arbeitslosen Jugendlichen müssen möglichst rasch wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden; als eine Uebergangsmassnahme sind der Freiwillige Arbeitsdienst und Arbeitslosenkurse zu pflegen.

Darüber hinaus muß die Schule zur Vinderung der Jugendnot mitwirken. Arbeitsweise und Arbeitsmaß sind der seelischen Verfassung der Kinder anzupassen. Ueberfüllte Klassen sind zu vermeiden. Ein weiterer Schulabbau würde darum verheerend wirken. Das 8. Schuljahr sollte mindestens dort, wo keine wesentlichen Kosten entstehen, eingeführt werden.

Die Lehrerschaft ist gewillt, den schweren Aufgaben, die ihr hienüt gestellt sind, gerecht zu werden. Sie erwartet aber von der Regierung, daß sie sich allen einseitigen Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Schule widersetzt und mithilft, ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten.“

Aus dem Vereinsleben Unterreichenbachs.

Die Einladung des Gesangvereins „Freundschaft“ zu einer Abendunterhaltung übte am Samstag abend ihre alte Anziehungskraft aus. Der Vorstand D. M a t e r konnte in seiner Begrüßungsansprache feststellen, daß der Löwenaal voll besetzt war. Der Abend verlief sehr anregend. Der Gesangverein, der leider durch die Ungunst der Zeit stark zusammengeschmolzen ist, brachte verschiedene Lieder, teils schon früher gehörte, teils neugelernte zu Gehör. Die Arbeit des Chorleiters richtet sich mit Erfolg auf die Pflege weicher Tongebung und zarten Pianos. Er muß sich vor einem Zuviel in dieser Hinsicht hüten. Bei einem Männerchor will man Kraft und Frische nicht missen. Im Mittelpunkt des Abends stand die Aufführung des Stücks: Der Glockenauß zu Breslau. Es ist nach dem bekannten Gedicht bearbeitet und weiß die Zuschauer zu fassen. Die Spieler gaben sich auch alle Mühe. Die Rollen waren gut gelernt und wurden sehr lebenswahr wiedergegeben. Die historischen Kostüme trugen mit dazu bei, daß die ganze Aufführung zu einer

schönen, abgerundeten Leistung wurde, die durch lebhaften Beifall ihren Lohn fand. Auch ein Einzelvortrag wurde dankbar aufgenommen. Den übrigen musikalischen Teil bestritt die Streichkapelle Burkhardt. Sie bot gute und schmilfige Musik. Der nachfolgende Losverkauf ging leider nur schleppend vor sich. Ein Angriff auf den Geldbeutel, so verständlich er vom Vereinsstandpunkt aus ist, findet eben nur zu leicht erklärliche Hindernisse. Die Gadenverlosung zog sich etwas zu lange hin und schmälerte dadurch das Tanzvergnügen sehr beträchtlich. Vielleicht liesse sich einmal an Stelle der üblichen Verlosungen etwas anderes sehen. Zusammenfassend darf gesagt werden: Der Verein hat seinen Mitgliedern einen schönen, angenehmen Abend bereitet.

Steuerguttscheine.

Im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe befindet sich eine Bekanntmachung des Finanzamts Hirsau betr. Steuerguttscheine, auf die besonders aufmerksam gemacht wird. Hiernach ist zu unterscheiden zwischen Steuerguttscheinen für Steuerleistungen und solchen für Mehrbeschäftigung von Arbeitern. Die Vordrucke für die Anträge auf Steuerguttscheine für Steuerleistungen liegen mit den erforderlichen Erläuterungen bei der Finanzkasse (Dienststunden nur von 9-12 Uhr) und bei sämtlichen Gemeindeverwaltungen auf. Die Antragstellung kommt für alle Steuerpflichtigen in Betracht, deren Umfahsteuer und Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer die Gesamtsumme von 25 RM. für die Zeit vom 1. 10. 1932 bis 30. 9. 1933 erreicht. Die Steuer für eine dieser Steuerarten muß also während dieses Jahresabschnittes fällig geworden und bezahlt worden sein. Getrennt hiervon sind die Anträge auf Steuerguttscheine für Mehrbeschäftigung zu stellen. Dies ist erst vom 1. Januar 1933 ab möglich und nur beim Finanzamt.

Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg.

Nach dem amtlichen Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg haben im Rechnungsjahr 1932 bis Ende Oktober 1932 die Mehrausgaben im ordentlichen Haushalt 16 793 000 RM betragen.

Better für Mittwoch und Donnerstag

Bestlicher Hochdruck beherrscht vorübergehend die Wetterlage. Bei Island liegt wieder eine starke Depression. Für Mittwoch und Donnerstag ist aber zunächst noch mehrfach aufsteigendes, vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Gehingen, 28. Nov. Einer Anregung von Pfarramt und Kirchengemeinderat folgend, wurde unter tätiger Mithilfe der Schüler der Oberklasse eine Sammlung zugunsten der Winterhilfe veranstaltet. Die Sammlung erbrachte 10 Str. Dinkel, 26,5 Ztr. Kartoffeln, 7 Ztr. Kraut, 90 Pfd. Weizen, 44 Pfd. Mehl, 40 Pfd. gelbe Rüben, einen Korb Obst, Eier, Lebensmittelpakete, Kleidungsstücke, Schuhe und 25 RM. Bargeld. Pfarrer Neusch sagte allen an dem segenspendenden Liebeswerk Beteiligten Dank.

Birkenfeld, 28. Nov. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde in das Verkaufshändchen am Bahnhof eingebrochen. Der Dieb, dem ein größeres Quantum Zigaretten, Schokoladetafeln und Schwaren in die Hände fiel, ist noch nicht ermittelt.

Nagold, 28. Nov. Das im Schneppischen Anwesen untergebrachte Arbeitslager wurde durch das Vorkommen von Krätze am Samstag bis auf weiteres geschlossen. Die Räume werden einer gründlichen Desinfektion unterzogen, die Kranken und Verdächtigen ärztlich behandelt, während die beheimateten jungen Leute vorläufig nach Hause entlassen wurden. — Beim Ablassen der Nagold wurde auf einem Treppenausschlag ein Paket mit deutscher und französischer 9-Millimeter-Munition gefunden. Es ist anzunehmen, daß das dem Besitzer unbenutzt gebliebene Paket noch nicht allzulange dort verstreut worden sein muß, jedenfalls nach der Jahreszeit, sonst müßte es bei der Benutzung des Zuganges zur Nagold von einem Badenden bemerkt worden sein.

Herrenberg, 28. Nov. In früheren Jahren wurde einer großen Anzahl von Kindern bedürftiger Eltern vor dem Beginn der Schule jeden Morgen ein Milchfrühstück verabreicht. Auf Antrag der Volksschule wurde die Verabreichung auch für dieses Jahr ab 1. Dezember beschlossen. — Die Oberamtsärztl. Stelle hier warnt die Öffentlichkeit vor dem Kauf von „schwarzem Vieh“ und macht darauf aufmerksam, daß schon einmal vor 35 Jahren solches Vieh hier im Bezirk eingeführt wurde, daß aber sich dieses Vieh bei uns keineswegs bewährte und den Käufern daraus Schaden erwuchs.

Stuttgart, 28. Nov. Infolge der Regenfälle der letzten Tage ist der Forbach stark angeschwollen. Am Freitag morgen sollten oberhalb der Walfenschleife die Fallten am dortigen Wehr gezogen werden. Aber das Unglück wollte es, daß der große Wehrbaum krachend barst. Die toll stürzten die Wasser zu Tal und nachdem sie die angrenzenden Wiesen überschwemmten hatten, benachteiligten sie sich des danebenfließenden Walfenkanals. Tief wühlten die Wogen das Bett des Kanals auf. Oberhalb des Walfenhammers gruben sie ein trichterförmiges Loch ein, worin man bequem ein kleines Haus hineinstellen könnte. Das über die Ufer getretene Wasser stürzte über die höher gelegenen Felser die Walfensteine herunter und setzte die dortige Walfenschleife samt den in der Nähe führenden Fahrwegen unter Wasser. Im Hammerwerk stand die Flut teilweise über einen Meter hoch und schwemmte neben Holz allerlei Handwerksgeräte mit sich fort.

Stuttgart, 28. Nov. Wenn Reisende oder andere Personen in Eisenbahnzügen, im Bahngelände oder durch den Eisenbahnbetrieb auch außerhalb des Bahngeländes verunglücken oder sonstige Schäden erleiden, wird es vom Bahnpersonal häufig unterlassen, sofort einwandfreie Augenzugungen mit Namen und genauer Anschrift zu ermitteln. Die Reichsbahndirektion hat deshalb ihr Personal angewiesen, solche Zeugen alsbald zu ermitteln, und zwar selbst dann, wenn eine Verletzung oder ein Sachschaden nur geringfügig zu sein scheint. — In einem Hause der Degelstraße stürzte sich eine 34 Jahre alte Angestellte in selbstmörderischer Absicht aus einem Fenster des 5. Stockwerks auf die Straße. Sie war sofort tot.

Stuttgart, 28. Nov. Nach Anhörung des Verwaltungsausschusses der Zentralkasse der Viehbesitzer hat das Innenministerium die Beiträge zur Viehversicherungsumlage für das Jahr 1933 in gleicher Höhe wie im Vorjahr festgesetzt. — Dinstmattigen, 28. Nov. Der Dinstmattiger Rathausbrand hat nun seine Aufklärung gefunden. Unter dem Druck der Verdachtsmomente hat der Gemeindepfleger Oskar Fischer das Geständnis abgelegt, den Brand im Rathaus gelegt zu haben. Er hatte im Bühnenraum eine brennende Kerze aufgestellt. Es wird angenommen, daß der Brand von dem Gemeindepfleger deshalb gelegt wurde, um die große Unordnung in den Büchern zu verbergen.

Stuttgart, 28. Nov. Maurermeister Fr. Neu alt, der auf dem Hause der Frau Leonhard (früher Traube) mit Dachdeckerarbeit beschäftigt war, stürzte plötzlich ab. Mit schweren Verletzungen, deren Schwere ein Bedenken ist, mußte er in die Tübinger Klinik übergeführt werden. Das Unglück soll dadurch geschehen sein, daß Neu sich an einem Brett hielt, das wider Erwarten nachgab. Er verlor das Gleichgewicht, durchschlug das Schuttbrett und stürzte in eine Tiefe von 5 Meter ab.

Stuttgart, 28. Nov. Wegen der Herstellung bzw. Verbreitung der falschen Münzen sind inzwischen vier Personen festgenommen worden. Der in der Stauterstraße wohnende Arbeiter Wolf, seine Frau und sein Sohn, wurden sofort verhaftet. Ein Mithelfer namens Kieger, der flüchtig ging, konnte in Stuttgart verhaftet werden. Die Falschmünzer stellten eine Gipsform her, in der sie die falschen Fünfmärkstücken gossen. Wegen 20 solcher falscher Taler sollen hergestellt worden sein. Doch wurden gleich die ersten in Umlauf gesetzten Stücke als falsch erkannt. Das Material wurde beschlagnahmt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

Stuttgart, 28. Nov. An der Börse bestand einig Kauflust. Es gab mehrfach Kursaufbesserungen am Aktien- wie am Rentenmarkt. Am letzteren wirkte allerdings Ueberangebot teilweise etwas drückend.

Landesproduktbörse.

Das Fehlen jeder Unternehmungslust hat auch in abgelaufener Woche auf dem Getreidemarkt angehalten. Bei täglich kleinen Schwankungen sind die Preise ziemlich stabil geblieben. Es notierten je 100 Kilogramm: Weizen 20,25-20,75 (am 21. November 20,50-21); Roggen 17-17,25 (17-17,50); Braugerste 18,50-20 (unv.); Futtergerste 16-16,50 (unv.); Hafer 12,50-13 (unv.); Bienenhonig 8,75-4,25 (unv.); Klebe 4,50-5,50 (unv.); drahtgepresstes Stroh 2,80-3 (unv.); Weizenmehl 32,50-33 (unv.); Brotmehl 24,50-25 (unv.); Kleie 8-8,50 (unv.) RM.

R.E. Berliner Produktbörse vom 28. November

Weizen märk. 193-195; Roggen märk. 154-156; Braugerste 170-180; Futter- und Industrieergerste 161-168; Hafer märk. 124-129; Weizenmehl 24,10-27; Roggenmehl 19,75 bis 22,10; Weizenkleie 9,45-9,75; Roggenkleie 8,80-9; Vortortnerbisen 21-26; H. Speiseerbsen 20-23; Futtererbsen 14 bis 16; Leinfäden 10,10-10,20; Erdnufäden 10,70; Erbsenmehl 11; Trockenrüben 8,40; extrahiertes Sojabohnenschrot 45 Prozent ab Hamburg 10,10; dto. ab Stettin 10,80; Speisefertartoffeln, weiße 1,10-1,20; rote 1,25-1,30; Dönnwälder, blaue 1,10-1,20; andere gelbl. 1,30-1,35. Allgemeine Tendenz: festig.

Calwer Marktbericht.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Einmachkraut 1,50-2 RM. der Ztr., Blaunkraut 10, Weißkraut 10, Wirsing 10, Endivien 8-10, Spinat 20, gelbe Rüben 10, rote Rüben 10, Tomaten 20, Lauch 5-10, Rosenkohl 10-25, Kopfsalat 5, Blumentohl 10-50, Ackerfahrt 20, Rettiche das Büschel 10, Äpfel 14-15, Birnen 15 Pfg. das Pfund, Landbutter 1,20, Tafelbutter 1,50 Mk., Auslandsbier 9,5 Pfg. das Stück.

Viehpreise

Ravensburg: Anstellrinder 70-240, trüchtige Kühe 200 bis 350, Milchkuhe 180-300, Kalb 200-350 M. — Weizheim: Farren 150-300, Ochsen 250-310, Stiere 160-250, Rinder 90-240, Kühe 120-300, Kalb 230-350 M.

Schweinepreise

Balingen: Milchschweine 10-16 M. — Blaufelden: Milchschweine 9-14 M. — Crailsheim: Käufer 24-33, Milchschweine 9-14 M. — Ereglingen: Milchschweine 11-16 M. — Giengen a. Br.: Säugschweine 12-17, Käufer 26-35 M. — Marbach: Milchschweine 9-15 M. — Dehringen: Milchschweine 10-15 M. — Rottweil: Milchschweine 10-16 M. — Weizheim: Milchschweine 9-12 M. — Ulm: Käufer 24-33, Milchschweine 7-12 M. — Ravensburg: Ferkel 8-15 M. — Saulgau: Ferkel 13-19 M.

Fruchtpreise

Balingen: Hafer 6,30, Gerste 8,50-8,80, Dinkel 10 M. — Ereglingen: Dinkel 7,80, Weizen 10, Roggen 8,10, Hafer 6,10, Gerste 8,20 M. — Giengen a. Br.: Weizen 9-10,50, Roggen 7,60-8,40, Gerste 8-8,30, Hafer 5,90-6,20, Kernen 10-10,60 M. — Tübingen: Dinkel 7,90-8, Hafer 6,30-7, Weizen 10,50-11,50, Gerste 7,80-8 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die jögl. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. Die Schriftl.

Briefkasten

Rundfunkhörer. Anonyme Zuschriften zu beantworten, sind wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage. Wir bitten Sie, Ihren Namen anzugeben. Die Schriftl.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Amtl. Bekanntmachungen
Bekanntmachung
 betr.
Steuergutscheine.

Die Vordrucke für Anträge auf Steuergutscheine für Steuerleistungen liegen bei der Finanzkasse Hirsau und bei sämtlichen Gemeindekassen auf. Anträge auf Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung können erst nach dem 1. Januar 1933 und zwar ausschließlich beim Finanzamt gestellt werden.

Hirsau, den 29. November 1932.

Finanzamt.

Calw, den 28. November 1932.

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater und Bruder

Wilhelm Götting
 Altveteran von 1870/71

nach langer Krankheit im hohen Alter von fast 83 Jahren sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 2 Uhr statt



Auf einen Schlag viele Vorteile

für Sie und Ihre Familie!
GEG-MALZ KAFFEE
 ist gesund, ergiebig, billig und - er schmeckt vorzüglich, denn er hat das richtige Aroma!

Im **Konsumverein**



Einen Moment bitte!

... Qualität muß es sein, also

GEG-KAKAO-PULVER!

Leicht löslich, ergibt ein Getränk von edelstem Aroma und reinem Wohlgeschmack.

Im **Konsumverein**

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen
 bei **KRÜGER & WOLFF, Pforzheim**

Hirsau
 1-jähriges
Rind
 verkauft Bauer, Witwe



Sommerliche
2-3-Zimmer-Wohnung
 zu vermieten.
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Auf die Vorbereitung kommt es an!

Weihnachtswünsche werden schon Wochen vor dem Fest laut. Es liegt bei den werbenden Kaufleuten, diesen Wünschen greifbare Formen zu geben. Wer zu Weihnachten das Vertrauen der Käufer besitzten will, beginne schon jetzt mit der Anzeigenwerbung im

„Calwer Tagblatt“!

Concordia Calw

Heute abend 8 Uhr
Frauenchor
 Donnerstag abend 8 Uhr
Männerchor

Sie bitte herzlich um vollzähliges u. pünktl. Erscheinen. S.

Verloren

am Sonntag auf dem Weg nach Hirsau
goldenes Armband
 Abzugeben gegen Belohnung Marktplatz 7

Ausichtsreiche Bezirks-Vertretung

mit Inkasso für Calw und Umgebung an intelligenten u. regen Herrn von erster Berf.-Gel. zu vergeben. Kostent. Pen-sions-Einrichtung. Wichtig für Berufswechsel, Abgabe. Einarbeitung durch Berufskraft. In Aussicht genommen ist baldige Anstellung mit festen Bezügen unter Er-richtung einer Bezirks-Inspektion.

Ausf. Bewerbungen m. Lebenslauf unter S. T. 6331 an Ala-Haasenstein & Vogler, Stuttgart.

W. O. B.

Ortsgruppe Calw

An den morgen Mitt-woch, 30. ds., 8 Uhr abds. in der Aula der Spöhrer-schule stattfindenden Vor-trag wird erinnert und um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Der Vorsitzende.

Für die **Weihnachtsbäckerei** empfehle in bekannter Güte meine erstklassigen

Weizenmehle
Springerles-Mehl
Konfekt-Mehl
Lebkuchen-Mehl

sowie **jämtl. Backartikel**
 5% Rabatt
Fr. Nonnenmacher.

Schirme

werden **gut und billig repariert**

J. Eberhard, Calw



Alteres **Pferd** (auch Einspänner) verkauft billig, weil überzählig. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

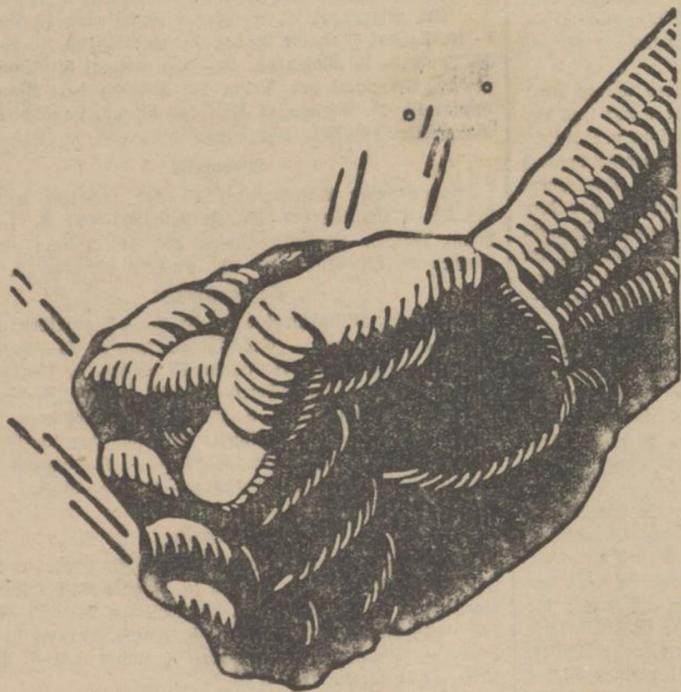
Sie schädigen sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Kampf der Krise durch die Zeitungsanzeige!



Die gegenwärtige Wirtschaftslage erfordert von jedem Geschäftsmann, der seinen Umsatz aufrecht erhalten oder gar steigern will, vermehrte Rührigkeit, immer erneute Werbeanstrengungen. Bei dem eisernen Zwang zur Sparsamkeit muß jede unnütze Aufwendung vermieden werden. Dies gilt insbesondere für die knappen Mittel, die der Werbung neuer Kunden dienen sollen. Oberster Grundsatz muß deshalb sein:

Konzentrierung aller verfügbaren Beträge auf das erfolgreichste Werbemittel: Die Zeitungsanzeige!

Unsichere Experimente sind in Reklamedingen fehl am Platz; sie kosten Lehrgeld und bringen Verdruß. Das Geld für eine unwirksame Anpreisung ist nutzlos weggeworfen. Die Zeitungsanzeige birgt wie kein anderes Werbemittel alle Erfolgsgarantien in sich; denn sie wirkt mit System und ist nicht auf Zufallserfolge angewiesen. Für die Zeitungsanzeige gibt es keinerlei Ersatz! Deshalb

Bei der Werbung für Herbst und Winter die Zeitungsanzeige obenan!